

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 13.

Charlottenburg, Freitag, den 31. März 1922.

49. Jahrg.

Ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts wird hiermit die ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen für

Sonntag, den 9. Juli 1922, und folgende Tage nach Dresden.

Das Tagungsort befindet sich im Ausstellungsgelände der „Jahreschau deutscher Arbeit“.

Die vorläufige Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

1. Erledigung der vorbereitenden Geschäfte (Wahl des Präsidiums, Prüfung der Mandate, endgültige Festsetzung der Tagesordnung und der Geschäftsordnung).
2. Rechenschaftsberichte:
a) des Vorstandes; b) der Revisoren; c) des Redakteurs; d) der Beschwerdekommision.
3. Bericht über den Gewerkschaftskongress.
4. Unser Tarifwesen.
5. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut und der besonderen Anträge.
6. Wahl des Verbandsvorortes, der Verbandsfunktionäre und des Ortes für den Sitz der Beschwerdekommision.

Anträge zur Generalversammlung sind, mit kurzer Begründung und von der Zahlstellenverwaltung mit Stempel und mindestens einer Namensunterschrift versehen, bis **spätestens 27. Mai** an den Verbandschriftführer U. Karl einzusenden. Die Antragsniederschriften dürfen sonstige geschäftliche Mitteilungen auf demselben Blatt nicht enthalten; auch darf das Papier nur einseitig beschrieben werden.

Die Anträge aus den Zahlstellen werden in Nr. 23 der „Ameise“ vom 9. Juni gemeinsam veröffentlicht. Anträge, die vorher zur Diskussion gestellt werden sollen, müssen zu diesem Zweck der Redaktion der „Ameise“ besonders zugestellt werden. Anträge, die nach dem 27. Mai beim Verbandschriftführer eingehen, desgl. solche, die zwar in der „Ameise“ zur Diskussion gestellt, nicht aber auch dem Verbandschriftführer besonders zugestellt wurden, können nicht berücksichtigt werden. Es darf also in keinem Falle damit gerechnet werden, daß die Redaktion der „Ameise“ die bei ihr eingehenden Anträge dem Vorstand oder der Vorstand die bei dem Verbandschriftführer eingehenden Anträge der Redaktion im Original oder abschriftlich überweisen könnte. Für die nur beim Verbandschriftführer eingehenden Anträge kommt dann eben nur die gemeinsame Veröffentlichung in Nr. 23 der „Ameise“ in Betracht.

Die Veröffentlichung der Wahlgruppen wird in Nr. 16 der „Ameise“ erfolgen.

Der Verbandsvorstand.

G. Wollmann, Vorsitzender.

U. Karl, Schriftführer.

W. Herden, Kassierer.

Zweite Tagung des Beirats der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des NSGB und des Afa-Bundes.

Die vom Reichsbetriebsräte-Kongress im Oktober 1920 gewählten Beiräte sämtlicher 15 Industriegruppen nahmen in ihrer zweiten Tagung am 10. und 11. März in Berlin zum 1. Punkt der Tagesordnung den Geschäftsbericht der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für das Jahr 1921 entgegen, welcher von Körpel erfaßt wurde. Es ist hiernach möglich gewesen, die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder, besonders der Betriebsräte, durch allenthalben eingerichtete Kurse wesentlich zu fördern. Außerdem sind die Betriebsräteschriften Heft 10, „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ und Heft 11, „Der Gesundheitsschutz im Betrieb“, herausgebracht worden. Der Umsatz an Betriebsräte-

schriften im Jahre 1921 bewegt sich pro Heft zwischen 3000 bis 11 000 Abdrücken.

Für einzelne Konzerne sind von den beteiligten Gewerkschaften Konferenzen der in Frage kommenden Betriebsräte abgehalten worden; ebenso hat eine Anzahl Gewerkschaften Reichskongresse ihrer Betriebsräte stattfinden lassen. Hieraus haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, weil nicht rechtzeitig mit den in der betreffenden Industrie noch in Frage kommenden Organisationen Verbindung gesucht worden ist. Es ist in allen Fällen möglich gewesen, diese Differenzen in kollegialer Weise zu beheben.

Die Haupttätigkeit der Betriebsrätezentrale war dem Ausbau der Bildungsbestrebungen und -einrichtungen und der Klärung der sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Rechtsfragen sowie der Rechtsauskunft gewidmet, da aus dem ganzen Reiche fast alle Anfragen sich ausschließlich auf diese Gebiete bezogen haben. In

der „Betriebsrätezeitung“ werden deshalb Rechtsfragen ausführlich behandelt und die Rubrik „Gesetz und Recht“ soll immer mehr ausgebaut werden.

Durch die Zusammenlegung der bisherigen „Betriebsrätezeitung“ des ADGB und der Zeitschrift „Der Betriebsrat“ des IFA-Bundes in eine „Betriebsrätezeitung des ADGB und des IFA-Bundes“ ist mit dem 1. Januar eine weitere Vereinheitlichung der Zusammenarbeit von Arbeitern und Angestellten erzielt worden. Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt rund 117 000.

Die „Betriebsrätezeitung“ hat keinen unmittelbaren Einfluß auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik ausgeübt, da diese Angelegenheiten von den bereits bestehenden Einrichtungen der Spitzenorganisationen und der einzelnen Gewerkschaften bearbeitet werden und eine doppelte Bearbeitung im Interesse der Gewerkschaftsbewegung überhaupt selbstverständlich vermieden werden mußte.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht war außerordentlich rege. Eine Kritik wurde in keiner Weise geübt; dagegen ergab die Aussprache ein getreues Spiegelbild der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die von dem Beirat gegebenen Anregungen werden für die weitere Arbeit der Gewerkschaften Verwendung finden.

Dr. Striemer hielt sodann zwei Referate über die wirtschaftliche Lage und die Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. In dem ersten Referat stellte Striemer das Produktionsproblem in den Vordergrund. Die Quantitäten zur Deckung des Bedarfs an lebensnotwendigen Gütern müssen hervorgebracht werden, wenn ausreichende Rationen verteilt werden sollen. Die Arbeiterschaft müsse daher die von der Landwirtschaft angebotene Hilfsaktion unter allen Umständen fordern. Der Übergang zu einer Vertragswirtschaft sei notwendig, die an die Stelle der freien spekulativen Preisbildung zu treten habe. Lieferungsverträge, deren Preise den veränderlichen Produktionskosten sich anpassen zwischen Landwirtschaft und organisiertem, konzessioniertem Großhandel und Konsumverein, zwischen Industrie und Landwirtschaft müssen geschlossen werden. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Landwirtschaft sollten ehestens zu Vereinbarungen gelangen, die eine ausreichende Versorgung des Volkes sicherstellen. Gemeinschaftsarbeit vermag uns allein Brot und Kartoffeln zu schaffen. Der Zwang habe bisher überall versagt.

In dem weiteren Referat behandelte Dr. Striemer das Wesen des Monopols und seine verschiedenen Formen. Die Kontrolle der Monopole kann dadurch möglich werden, daß die Monopole gemeinwirtschaftlich umgestaltet werden, d. h. Selbstverwaltungskörper werden, in denen Verbraucher und Arbeitnehmer Vertreter sind. Der Staat könne ferner einen Zwang ausüben, daß alle Monopolorganisationen unter seiner Kontrolle mit ihren Arbeitnehmern Verträge zu schließen haben, so daß an Stelle des Monopolpreises der Vertragspreis tritt. Drittens könne der Staat einen Teil der Schlüsselproduktionen in eigene Regie nehmen, um eine Preiskontrolle auf Grund eigenen Kalkulationsmaterials auszuüben (Hortensche Sozialisierung). Die Monopole sind eine ständig wachsende Gefahr, der begegnet werden muß. Der Referent hält den obligatorischen Zusammenschluß zu Fachverbänden für unerlässlich, um Kontrahenten für Verträge zu schaffen, die die Produktion und Preisbildung den allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnissen anpassen.

Auch hieran schloß sich eine rege Aussprache, die durchweg sehr wertvolles Material ergeben hat, besonders durch die Vertreter der Verkehrsbetriebe und der Unternehmungen der Kommunen. Diese Aussprache soll ebenfalls für die weitere Tätigkeit der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale als Material dienen.

Von einer besonderen Beschlußfassung wurde Abstand genommen mit Rücksicht darauf, daß in der jetzigen Situation eine absolute Klärung der die Arbeiterschaft in erster Linie berührenden Fragen unmöglich erscheint und die Ansichten über das zu erreichende Ziel zwar übereinstimmen, aber die Auffassungen über den einzuschlagenden Weg auseinandergehen.

Zur einstimmigen Annahme gelangte dagegen folgende Entschließung:

Der Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale erhebt entschiedenen Einspruch gegen den Versuch von Arbeitgebergruppen, das mit dem 1. Februar 1922 in Kraft getretene Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat bereits wieder außer Kraft zu setzen.

Die Begründung dieses Verlangens, daß es im Staatsinteresse gelegen sei, wenn Betriebsratsmitglieder den Aufsichtsräten ferngehalten würden, stellt eine unerhörte Herabsetzung der durch das Vertrauen von Tausenden von Berufsgenossen zu ihrem Amt Verufenen dar.

Der Beirat verlangt von den Gewerkschaften, den Spitzenorganisationen, vom Reichstag und der Regierung, diesen neuen Attentatsversuch auf Arbeitnehmerrechte zurückzuweisen.

Zwei weitere Entschließungen wurden dem geschäftsführenden Ausschuss als Material überwiesen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Antrag des Verbandes der Maschinisten und Geizer auf Errichtung einer 16. Industriegruppe, erstattete der Vorsitzende dieser Organisation, Kollege Klebe, das Referat und begründete unter Vorbringung eines reichen Materials die Notwendigkeit der besonderen Zusammenfassung der Betriebsräte in den Unternehmungen der krafterzeugenden Industrie. Das Korreferat hatte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Kollege Dittmer, übernommen, welcher die Ansicht vertrat, daß eine Aenderung der vom Betriebsrätekongress beschlossenen Richtlinien und die Bildung einer 16. Industriegruppe sich erbringt, während es dem Verband der Maschinisten und Geizer und in der krafterzeugenden Industrie bestehenden Betriebsräten a. h. jetzt schon unbenommen sei, als Untergruppe ihrer Industriegruppe zwecks Erledigung ihrer besonderen Angelegenheiten zusammenzutreten. Der Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Kollege Dittmer, und für den Deutschen Transportarbeiterverband, Kollege Niesel, erklärten sich namens ihrer Organisationen gegen die Bildung einer 16. Industriegruppe.

In der Diskussion sprachen sich mit Ausnahme der Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Geizer sämtliche Beiratsmitglieder ebenfalls gegen die Bildung einer 16. Industriegruppe aus. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Der Verhandlungsleiter, Kollege Grafmann, konnte am Schlusse der Tagung feststellen, daß wertvolle Anregungen im Laufe der Verhandlungen gegeben worden sind und gute Arbeit zum Wohle der Arbeiterbewegung geleistet worden ist.

Eine Mißgeburt.

Das in der „Ameise“ vom 10. März mitgeteilte Lohnabkommen für den Monat März dürfte in der Kollegenschaft eine geteilte Aufnahme gefunden haben. Einigkeit wird wohl nur in dem einen Punkt bestehen, daß selbst der höchste erreichte prozentuale Zuschlag nicht im entferntesten einen Ausgleich bietet für die seit dem vorigen Lohnabkommen eingetretene Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsgegenstände. Geteilt sein wird die Auffassung über die unmotivierte Verschiedenheit in der Behandlung der einzelnen Gruppen. Wenn die Schriftleitung der „Ameise“ meint, der Kritik von Mitgliederseite nicht vorgreifen zu wollen, so dürfte auch diese Art freiwilliger Neutralität bei den Mitgliedern nicht ohne weiteres Zustimmung finden. Man kann der Meinung sein, daß es besser gewesen wäre, eine derartige, die Gemüter aufs tiefste erregende Lohnvereinbarung nicht kommentarlos in die Hände der Kollegen gelangen zu lassen. Welcher Art waren die Gründe, die den Hauptvorstand veranlaßten, den Schiedsgericht ohne weiteres zu schließen? Daß man es vorzog, ohne vorherige Verhandlungen ein Schiedsgericht zu bilden, mag dienlich gewesen sein, wenn auch die angeführten Gründe nicht sehr plausibel erscheinen. „Beim Stande der Dinge“, wie es so schön heißt! Beim Stande der Dinge waren vielleicht auch zwingende Gründe für diese Form des Lohnabkommens maßgebend. Nur kann man bei der Mitgliedschaft eine genaue Kenntnis dieses Standes der Dinge doch nicht ohne weiteres voraussetzen. — Das ist aber unbedingt nötig, soll man vernünftige Kritik an dem Geschaffenen üben. Also, Ihr Braven, in Zukunft heraus mit der Sprache, wenn sie von vornherein zur Klärung dienen kann! Die Akordbediener, also in erster Linie die Facharbeiter, werden den erreichten Zuschlag von 12½ Proz. kaum als Erfolg buchen. Ihr Mißmut wird um so größer sein, je weniger ihnen die Motive der Zurücksetzung gegenüber den sonstigen Arbeitern bekannt sind. Zugegeben, daß in einer Reihe von Orten die Verdienstspanne zwischen gelernten und ungelernten Kollegen sich sehr zuungunsten der letzteren auswirkt, so gibt es doch Fälle, wo die Entlohnung der im Zeitlohn beschäftigten ungelernten Kollegen der Akordbasis der Facharbeiter — erfreulicherweise — sehr nahe kommt. Natürlich ist vorausgesetzt, daß bei gerechter Beurteilung nur die Akordbasis zum Vergleich herangezogen wird, nicht aber die durch Knufferei erzielten Verdienste über dieselbe hinaus. Im Zeitlohn tempo werden diese höheren Erträge meist wirklich nicht erzielt. Wie das Lohnabkommen sich auswirkt in den Fällen, in denen die ungelernten Kollegen bereits eine erhebliche Angleichung ihrer Löhne an die der Facharbeiter vollzogen haben, sei hier an wenigen Beispielen demonstriert: Ein sonstiger Arbeiter: Verdienst in der Februarwoche 576 M., in einer Märzwoche 702,22 M. Ein Facharbeiter, der die Akordbasis erreicht: in der Februarwoche 700 M., in der Märzwoche 700,80 M. Also ein Facharbeiter, der die Akordbasis erreicht, wozu häufig eine erhebliche Qualifikation

gehört, steht nach dem Lohnabkommen unter dem ungelerten Kollegen! Noch krasser wird der Unterschied, wenn wir einen Facharbeiter annehmen, der unter der Akkordbasis verdient. Durch den Fortfall der Mindestverdienste wirkt sich das neue Lohnabkommen hier doppelt unangenehm aus. Nehmen wir nun als Beispiel einen Facharbeiter im Zeitlohn und einen im Stücklohn, so kommen wir auf das Gebiet des Grotesken. Der Zeitlöhner erhält die Akkordbasis plus 22 Proz., der Stücklöhner ebenfalls die Akkordbasis plus 12½ Proz. (?) — In einem Betriebe, in dem die sonstigen Arbeiter die Akkordbasis dieser Kategorien erhalten, müssen die Stücklohnfacharbeiter 10 Proz. über ihre Akkordbasis verdienen, wollen sie hinter den sonstigen Arbeitern nicht zurückstehen. Dies ist aber kaum der Hälfte der Facharbeiter möglich; ein großer Teil derselben steht noch unter der Akkordbasis, geht also als Stücklöhner mit weniger Geld nach Hause, als der ungelerte Arbeiter im Zeitlohn.

Haben derartige Resultate in der Absicht der Vertragsschließenden gelegen? Offenbar war man sich zumindest auf einer Seite nicht über die Möglichkeit eines derartigen „Erfolges“ klar gewesen. Vielleicht wäre es auch angebracht, der Zusammensetzung des Schiedsgerichts in Zukunft erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Es wäre erfreulich, wenn wir in unserer Annahme, daß unser Verbandskollege im Schiedsgericht seine Rolle nicht beherrschte, enttäuscht werden könnten. „Langjährige Verbandszugehörigkeit“ ist eine sehr achtbare Eigenschaft. Es war aber noch nie von Schaden, wenn zum goldenen Herzen sich ein heller Kopf gesellte. Wir hoffen und wünschen, daß die erfolgte abstruse Lösung die erste und letzte dieser Art war. Man sollte es sich auch im Hauptvorstand überlegen, ob es angebracht ist, die Facharbeiterschaft der Porzellanindustrie, die Trägerin der auf einem erfreulichen Stande befindlichen Leistungsfähigkeit der keramischen Produktion, mit Lohnregelungen dieser Art zu beglücken. Dieses Lohnabkommen ist eine greuliche Mißgeburt; die Erzeuger, Geburtshelfer und Paten können einem leid tun, noch mehr aber unsere Kollegenschaft, die dadurch — abgesehen von der finanziellen Seite der Sache — sicherlich einander nicht nähergebracht wurde. Wir wünschen diesem Monstrum zu allen seinen Gebrechen noch die Porzellanerkrankheit, und zwar die galoppierende! So schnell wie möglich hinab — hinab in den Orkus! **Heinrich Kühn.**

Anmerkung der Redaktion: Der Schiedspruch steht für Akkordverdiener mit unter 1000 Mk. Wochenverdienst geringere Ausschläge vor, als für Zeitlohnarbeiter mit unter 1000 Mk. Wochenverdienst. Eine Unterscheidung danach, ob Facharbeiter oder sonstige Arbeiter, bzw. ob Gelernte oder Ungelernte, wird dabei nicht gemacht. Das Urteil des Kollegen Kühn: der Schiedspruch wirkte sich für die Facharbeiter ungünstiger aus, als für die sonstigen Arbeiter, trifft also im allgemeinen nicht zu. Wichtig ist vielmehr, daß die Akkordarbeiter bei den Ausschlägen noch schlechter weggekommen sind, als die Zeitlohnarbeiter.

Unseren beruflichen Beisitzer im Schiedsamt nun zum Prügelmann machen zu wollen, ist zwar bequem, aber ungerecht. Unsere Verhandlungskommission hat selbstverständlich bei dem Suchen nach einem geeigneten Beisitzer nicht nur auf das Herz, sondern auch auf den Kopf gesehen. Wir sind überzeugt, daß unser Kollege im Schiedsamt alles getan hat, um ein recht günstiges Resultat zu erzielen. Wenn das Resultat bei weitem nicht unseren Erwartungen entspricht, so dürfen wir nicht einzelne Personen dafür verantwortlich machen, vor allem aber nicht einzelne Mitglieder eines Schiedsamtes. Es wird wohl bei allen Schieds- und Schlichtungsinstanzen immer wieder die Erfahrung gemacht werden können, daß trotz der geschicktesten Beisitzer die Resultate öfter recht unbefriedigend sind.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Lage des Weltmarkts. — Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung. — Ueberfluß in der Handelsflotte. — Rückgang der Kohle und Metalle in der Weltproduktion.

Die Lage des Weltmarktes weist nach den jetzt vorliegenden Berichten über den Außenhandel der einzelnen Länder im Jahre 1921 einen erheblichen Rückgang auf, der insbesondere die europäischen Staaten stark in Mitleidenschaft zieht. Dieser Rückgang des Außenhandels ergibt sich nicht nur im Vergleich zu der Höhe des Außenhandels vor dem Kriege, sondern vor allem, und das ist wichtig, in der Gegenüberstellung zu den Ergebnissen im Jahre 1920. Die Erklärung hierfür ist die, daß nach Beendigung des Krieges 1919 und 1920 sehr stark, besonders in den vom Handel abgesperrten Ländern, die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen einsetzte. Es mußten gleichsam die Läger wieder aufgefüllt werden, die während des Krieges vollständig verloren gegangen waren. Der Bedarf an Lebensmitteln wurde im großen Umfang von Amerika bezogen. In nie gekanntem Mengen sind 1919

und 1920 Fleisch und Fett nach Europa zur Einfuhr gekommen; ebenso wurde der Fehlbetrag an Brotgetreide im wesentlichen aus Amerika gedeckt. Nach und nach ist ein Umschwung eingetreten, der Markt hat sein Gleichgewicht gewonnen, die Rohstofflager sind wieder gefüllt; die europäische Landwirtschaft, abgesehen vom Osten, ist wieder langsam zu einer Ausdehnung ihrer Produktion gekommen und hat damit zu einem größeren Teil den Anspruch in der Versorgung gedeckt, als in den Jahren vorher. Es kommt hinzu, daß in allen europäischen Ländern die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung herabgedrückt ist. Während wir in Deutschland in der Aufbesserung der Einkommen, gemessen an dem sinkenden Wert der Mark, zurückblieben, ist in England, Frankreich, Italien und den nordischen Staaten stark zu einem Lohnabbau gegriffen, der allerdings einherging mit einer Senkung der Lebensmittelpreise. England hat seine Zuschüsse, die der Bergbau erhielt, um sich konkurrenzfähig zu halten, aufgehoben, ebenso die besonderen Zuwendungen für die Löhne der Bergarbeiter. Die Subsidien zur Ermäßigung der Brotpreise sind mit Ausnahme Deutschlands in allen europäischen Staaten nunmehr restlos beseitigt. Aber der Rückgang in der Konsumfähigkeit der großen Masse wird stark beeinflusst durch die Arbeitslosigkeit, die immer einhergeht mit einer verminderten Bedarfsdeckung der großen Bevölkerungsschichten.

Im Zusammenhang damit gibt der Stand unserer internationalen Handelsflotte und die Lage des Frachtenmarktes eine gute Ergänzung des Ueberblicks des Welthandels und Verkehrs. Ueberraschend schnell hat sich unsere Handelsflotte nach dem Kriege zu ihrer ehemaligen Höhe entwickelt und ist sogar um 12 Millionen Registerräum vermehrt gegenüber dem Jahre 1914. Die Folgen des U-Bootkrieges sind also in einer verhältnismäßig kurzen Zeit durch eine fieberhafte Anspannung der Werften — besonders kommt Amerika in Betracht — wieder ausgeglichen. In der Handelsflotte ist heute ein großer Ueberfluß vorhanden, so daß England und Amerika eine erhebliche Zahl Schiffe stilllegen müssen. In Amerika ist nach Abschluß einer Untersuchungskommission, die sich mit der Lage der Reedereien beschäftigte, ein Gesetzentwurf dem Parlament unterbreitet worden, der darauf hinausgeht, für die amerikanische Handelsflotte Subventionen bereitzustellen und amerikanische Schiffe zu bevorzugen in den Häfen gegenüber ausländischen Reedereien.

Während wir unmittelbar nach dem Kriege durch die Inanspruchnahme großer Getreidefrachten ein fabelhaftes Aufsteigen der Frachtenraten zu verzeichnen hatten, sind wir gegenwärtig längst von dieser Höhe herunter, und heute verzeichnen wir Frachtsätze, die unter der Grenzlinie liegen, die wir vor dem Kriege kannten. Nur die deutschen Reedereien können noch erfolgreich die Konkurrenz aufnehmen, da ihnen bei Uebernahme ausländischer Frachten der ungünstige Stand der deutschen Valuta zustatten kommt. Die Folge ist, daß unsere Schiffsahrtsgesellschaften in ihren Geschäftzüberschüssen fast durchweg ein recht gutes Ergebnis zeitigen und wiederum ganz beachtliche Dividenden zur Ausschüttung bringen, die uns beweisen, daß die deutschen Reedereien die Situation günstig ausgenutzt haben und auch durch den Ersatz für die Schäden finanziell stark gestützt wurden.

Zum Wiederaufbau der an die Entente abzuliefernden Handelsflotte ist den Reedereien, wie bekannt, ein Betrag von 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Teil der Entschädigung kam den hiesigen Werften zugute, um den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu ermöglichen. Das Tempo für diesen Aufbau unserer Handelsflotte ist leider so beschleunigt, daß im Jahre 1923 die letzten Beträge herausgegeben werden. Hören diese Zuwendungen auf, so steht zu befürchten, daß die Werften sehr stark in Mitleidenschaft gezogen und die etwas anormale Entwicklung unseres Werftbetriebes, die weit über das Maß des Erforderlichen hinausgeht, erst dann zum Durchbruch kommt. Schon gegenwärtig würde für die Werften die Situation recht ungünstig liegen, wenn nicht durch umfangreiche Reparaturbauten vom Ausland, die in Deutschland am billigsten ausgeführt werden können, die Lücke ausgefüllt wäre, die durch verminderte private Aufträge an Neubauten entsteht.

Mit dem Rückgang des Außenhandels steht in enger Verbindung, wie schon hervorgehoben, der sinkende Verbrauch der großen Industriestaaten im eigenen Lande. Einige Beispiele über den Stand wichtiger Produktionsgebiete mögen dies veranschaulichen.

Weltproduktion in Millionen Tonnen:

	im Jahre		
	1913	1920	1921
Steinkohle	1350	1300	1000
Eisen	80	60	35
Stahl	75	70	40—45

Für den Verbrauch von Rohmetallen gibt die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine interessante Zusammenstellung über den Rückgang in der Produktion von Blei, Kupfer, Zink, Zinn und Aluminium. In diesen Rohmetallen bestand in den Jahren 1911/13 im Durchschnitt eine Jahresproduktion von 3 403 000 Tonnen, der in den Jahren 1919/20 eine Erzeugung von 2 756 000 Tonnen gegenübersteht. Bemerkenswert ist aber dabei, daß in Europa der Verbrauch in demselben Zeitraum von 2 128 000 Tonnen auf 1 128 000 Tonnen gesunken ist. Von der Gesamtproduktion nahm Europa in den Jahren 1911/13 den beachtlichen Teil von 69 v. H. auf, im Jahre 1919/20 nur noch 41 v. H.

Diese Zahlen beweisen, daß der Rückgang im Welthandel nicht allein die Weltkrise erklärt, sondern daß sie in der starken Minderung im Verbrauch in den Industrieländern selbst zu suchen ist. Natürlicherweise beeinflusst die Lage des Außenhandels auch die des Innenmarktes. Soll die Krise überwunden werden, so dürfen wir die Ursache nicht nur in der Gestaltung des Welthandels erkennen, sondern auch in der Rückwirkung auf den Innenmarkt. In der Schwächung der Ausnahmefähigkeit der großen Volksmasse findet die wirtschaftliche Erschütterung ihre Begründung. Es wird das eine Uebel nicht zu beseitigen sein, ohne dem anderen gleichfalls entgegenzutreten.

Die Demobilmachungsvorschriften.

Verlängerung bis zum 31. Oktober 1922.

Nach den Beschlüssen des Reichsrats werden u. a. folgende Verordnungen bis zum 31. Oktober 1922 verlängert: über Erwerbslosenfürsorge, über Arbeitsnachweise, über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten, über Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen, über Bestellung eines Erfahrungssträgers für die Pensionskassen, über den Handel mit Gold, Silber und Platin, über Regelung der Ein- und Ausfuhr, über die Enteignung von Gegenständen durch das Demobilmachungsamt, über die Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 21. März 1919 — hinzugefügt wurden noch einige Länderverordnungen, und Bayern setzte es durch, daß auch das bayerische Ausfuhrverbot für die Schrottwirtschaft verlängert wurde. Das Gesetz ermächtigt den Reichsarbeitsminister, im Rahmen der verfügbaren Mittel die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen.

Aus unserem Beruf.

Farge. In der Steingutfabrik Witteburg, A.-G., bestanden seit einiger Zeit Differenzen wegen Lohnforderungen. Diese sind nun durch Zugeständnisse der Firma beseitigt. Unser Ersuchen, Zugang nach Farge zu unterlassen (Nr. 3 der „Ameise“), ist dadurch hinfällig geworden.

Lamspringe. Die Belegschaft der Firma Niedersachsenwerke in Lamspringe befindet sich seit dem 17. März im Streik. Den Anlaß dazu gab die Weigerung der Firma, die Aufschläge, entsprechend dem letzten Lohnabkommen, zu bezahlen. Auch bei den früheren Lohnabkommen weigerte sich stets die Firma, und sie fand sich immer erst nach Wochen bereit, dieselben zu erfüllen.

Zugang nach Lamspringe ist bis zur Erledigung der Differenzen fernzuhalten.

Mainleus. In Nr. 3 der „Ameise“ wurde in einem Bericht über die Verhältnisse in der hiesigen Porzellanfabrik gesagt, der Oberbrenner stehe stark im Verdacht, den Zuträger bei der Direktion zu machen. Dieser Verdacht war unberechtigt. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Angaben, auf die sich der Verdacht stützte, nicht den Tatsachen entsprechen.

Thiersheim b. Arzberg. In der neuerbauten Porzellanfabrik Kiebert & Comp. kann anscheinend die Arbeiterschaft nicht zur Ruhe kommen. Der Betriebsleiter Herr Opel kann sich nicht den heutigen Verhältnissen anpassen; sonst müßte er wissen, daß die Arbeiter auch Betriebsveränderungen haben; und alle die schönen Titulaturen würden hier auch in Anwendung kommen. Krüggel's Buch, „Umgang mit Arbeitern“ ist diesem Herrn zum Studium zu empfehlen. Die Arbeiterschaft des Betriebes ist fest entschlossen, sich nötigenfalls neben den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch eine anständige Behandlung zu erzwingen.

Porzellanfabrik H. Rosenthal & Co., Aktien-Gesellschaft Berlin. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf Mittwoch, den 12. April d. J., nach Berlin einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 50 Proz. auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen. Der Wohlfahrtsfonds erhält eine Zuweisung von 3 000 000 Mk. und ein neuerrichteter Dividendenergänzungsfonds 6 000 000 Mk.

Aus anderen Verbänden.

Beiratsführung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Der Beirat beschäftigte sich in einer vom 11. bis zum 13. März abgehaltenen Sitzung u. a. mit der Frage des Soziallohnes. Der Kollege Jädel hatte hierzu an Stelle eines Referats in einem Heftchen umfangreiches Material gesammelt, sowie auch seine Auffassung über die soziale Zulage niedergelegt. Die Aussprache war eine umfangreiche; aber alle Redner lehnten die soziale Zulage als nicht im Interesse der Arbeiter liegend ab. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist die Lohnarbeit. Im Arbeitslohn ist dem Unternehmer das Element gegeben, welches die Vorenthaltung eines Teiles des Arbeitsertrages und die Aneignung unbezahlter Arbeit, damit Kapitalbildung und Kapitalanhäufung ermöglicht. Die von der Kapitalistenklasse bewirkte Ausbildung der verschiedenen Lohnformen (Stundenlohn, Akkordlohn, Soziallohn usw.) bezweckt die Steigerung des Anteiles am Arbeitsertrag für den Kapitalisten zugunsten der lohnarbeitenden Bevölkerung. Hieraus erklärt sich die Förderung der Textilindustriellen nach Einführung des Familienlohnes. Indem Unternehmer und Arbeiter bei Anerkennung des Soziallohnes automatisch dazu geführt werden, bei Festsetzung des Grundlohnes vom Bedarf der einzelnen Person, nicht vom Bedarf der Normalfamilie, wie beim Leistungslohn auszugehen, führt der Soziallohn notwendig zu einer Senkung des allgemeinen Lohnniveaus. Er hebt die Familienvorsteher nur unerheblich über das Durchschnittslohniveau, senkt den Lohnanteil der Einzelpersonen sehr erheblich und reduziert, nach den Feststellungen der Unternehmer, gleichzeitig die Gesamtlohnsumme einer Gesamtarbeiterschaft zugunsten des Anteils der Kapitalisten.“

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt deshalb das Verlangen der Unternehmer nach Einführung des Soziallohnes ab und fordert, im Gegensatz zur christlichen Textilarbeiterorganisation, die Ortsverwaltungen auf, entsprechend diesem Beschluß ihr Verhalten dem Unternehmer gegenüber einzurichten. Er ersucht weiter um aufklärende Tätigkeit unter der christlich organisierten Kollegenschaft.

Die Aussperrung der Glasarbeiter in der Tschechoslowakei. In der tschechoslowakischen Glasindustrie ist es zu einem großen Konflikt gekommen. Der Unternehmerverband der Glasindustriellen will einen Lohnabbau durchführen, während die Glasarbeiter auf dem alten Kollektivvertrag beharren. Am 13. März wurden die Glasarbeiter ausgesperrt. Nach dem „Prager Tagblatt“ beträgt die Zahl der ausgesperrten Glasarbeiter 70 000.

Versammlungsberichte.

Amberg. In unserer am 3. März 1922 ziemlich gut besuchten Versammlung wurde, bevor wir in die Tagesordnung eintraten, das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Heinrich Roth geehrt. Darauf gab der Vorsitzende das neue Lohnabkommen bekannt, das große Erregung auslöste. Der Vorsitzende selbst betonte gleich im voraus, daß dieses Hungerabkommen der Teuerung gegenüber viel zu wenig bringt. Wir können überhaupt nicht verstehen, warum gerade die Porzelliner den schlechtesten Tarif haben. Alle anderen Verbände haben bereits seit Dezember vorigen Jahres einen Stundenlohn von 9 bis 11 Mk., und wir, nach 3 Monaten, wo eigentlich die Lebensmittel am meisten gestiegen sind, bekommen jetzt, sage und schreibe, 22 Proz. auf einen Stundenlohn von 7,56 Mk. bzw. 7,21 Mk. Mit so einem Hungerangebot geben sich auch unsere Vertreter zufrieden? Wir verkennen ja nicht, daß unsere Branche gegenwärtig am schlechtesten geht und uns auch schließlich noch manche harte Muß zu knaden gibt; aber das alles ist kein Grund, so ein klägliches Angebot anzunehmen. Uns kann nur ein retten, das ist der Zusammenschluß sämtlicher Organisationen und dann im Großen Lohnforderungen zu stellen. Bei der Profitgier der Arbeitgeber ist es unmöglich, daß die einzelnen Verbände das erreichen, was wir zum Leben brauchen und haben müssen. Nach längerem Kritizieren verschiedener Kollegen über das neue Lohnabkommen wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Zahlstelle Amberg legt gegen das Lohnabkommen schärfsten Protest ein und erwartet von der Verbandsleitung, daß sie es sofort kündigt und mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, bessere Löhne zu erzielen.“

Ferner ersuchen wir den Hauptvorstand, sich mit dem ADGB ins Benehmen zu setzen, damit sich auch dieses etwas mehr ins Gewicht legt.“

Annaburg. Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Versammlungen war unsere letzte Versammlung gut besucht. Nach lebhafter Aussprache über unser letztes Lohnabkommen kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 11. März stattgefundene außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Annaburg erhebt schärfsten Protest gegen das letzte schiedsgerichtliche Lohnabkommen, weil es ungerecht wirkt und für die Verteuerung keinen genügenden Ausgleich bringt. Sie erkennt an, daß bei dem System der Arbeitsgemeinschaft nichts Erfreuliches für die Arbeiterschaft herausspringen kann. Nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes kann das Proletariat seine Lage wirklich verbessern. Sie erkennt die Ursache unserer Verelendung in den inneren und außerpolitischen Zuständen. Der Einheitsfront des Ausbeutertums muß die Einheitsfront der Ausbeuteten entgegengestellt werden. Nur die restlose Erfüllung der 10 Punkte des ADGB, vor allen Dingen die Er-

fassung der Sachwerte, kann unsere Lage wirklich erleichtern. Von der arbeiterfeindlichen Wirth-Regierung kann man dies freilich nicht erwarten; deshalb muß die Arbeiterschaft allseitig die Forderung auf Bildung einer Arbeiterregierung stellen.“ — Ein Antrag eines Kollegen, dem Hauptvorstand ein Mißtrauensvotum auszustellen, wurde, weil die Begründung ausblieb, gegen eine Stimme abgelehnt. Ueber einige pflichtvergessene Verwaltungsmitglieder wird Klage geführt. Auf Beschluß wird die Sache in nächster Versammlung erledigt werden. Ein Antrag, ein Mitglied des Hauptvorstandes zu ersuchen, hier zu referieren, weil bei vielen Mitgliedern noch große Unklarheit herrscht, wird angenommen. — Hossentlich versallen die Kollegen und Kolleginnen nicht wieder in den alten Stumpf sinn und Gleichgültigkeit, und besuchen die nächsten Versammlungen noch besser; denn gerade die nächsten Versammlungen haben äußerst wichtige Punkte zu erledigen.

Blankenhain. Die am 10. März stattgefundene außerordentlich stark besuchte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich insbesondere mit den letzten Lohnverhandlungen. Die hierauf folgende Diskussion zeitigte einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung ist mit dem Erfolg der letzten Lohnverhandlung sehr unzufrieden. Der Schiedspruch hat den teuren Lebensverhältnissen in keiner Weise Rechnung getragen. Unsere Vertretung wird für die künftigen Lohnverhandlungen aufgefordert, solche unzureichenden Lohnerhöhungen nicht zu beachten und mit mehr Nachdruck für den Ausgleich der teuren Verhältnisse einzutreten.“

Bonn. „Im Strom der Zeit“ lautete das Thema, über welches der Sekretär der Ortsgruppe Bonn des ADGB referierte. Der Referent griff aus den Problemen, welche die jetzige Zeit erfüllen, das Sozialisierungsproblem, Tarifgesetz und das Arbeitsnachweisgesetz heraus. Zum Sozialisierungsproblem erklärte der Referent, daß wohl viele Betriebe reif sind zur Sozialisierung, als da sind: Berg- und Erzbau, Kaliwerke usw., daß aber die Arbeiterschaft leider noch nicht reif für die Sozialisierung sei. Die Sozialisierung müsse Schritt für Schritt erfolgen und nicht plötzlich mit Gewalt und Generalkrieg. Wohin eine gewaltsame Sozialisierung führt, davon gibt uns Sowjet-Rußland ein Beispiel. Aufgabe der Führer sei es jetzt, die Arbeiter für die Sozialisierung zu schulen. Durch die Spaltung in der Arbeiterschaft ist eine große Machtposition verloren gegangen und die Sozialisierung um Jahrzehnte hinausgeschoben. Zum Punkt „Arbeitsnachweisgesetz“ betonte der Redner, wie schwer es gewesen sei, wenn ein 40jähriger Arbeiter arbeitslos geworden sei, und er gezwungen war, andere Arbeit zu suchen. Mit seinen 40 Jahren war er aufgebraucht und hatte für den Unternehmer kein Interesse mehr. Mit dem Arbeitsnachweisgesetz sei eine Oekonomie der Arbeitskraft verbunden und notwendig, da während des Krieges die Blüte der Arbeitskraft auf den Schlachtfeldern hingemordet sei und die noch vorhandene Arbeitskraft bestens gehegt und geschützt werden müsse. Redner weist noch darauf hin, daß während der Krisen die Arbeiter zu Tausenden auf die Straße flogen und dem Elend preisgegeben waren, wenn sie nicht organisiert waren und sich mit ihrer Unterstützung über Wasser halten konnten. Keiner, weder der Staat noch Unternehmer, kümmerten sich um ihn. Gerade während der Zeit der Krisen feierte das Verbrechen Triumphe. Alles dies müsse durch das Arbeitsnachweisgesetz geregelt werden. Zum Tarifgesetz bemerkte der Redner, daß durch den Tarif beide Teile gebunden sind. Er wies auf Einheimers Buch hin: „Ueber Tarifverträge“. Mit dem Tarifgesetz eng verbunden seien die Schlichtungsinstanzen. Was heute von den Schlichtungsinstanzen zu erwarten ist, wissen wir ja, denn sie bestehen aus Juristen, und diese haben oftmals keine Ahnung von der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Anfänglich waren die Schlichtungsinstanzen der Arbeiterschaft wohlwollender gesonnen, vielleicht aus Angst; heute hat sich das Blatt gedreht. Er wies darauf hin, daß immer nach dem Schlichtungsamt geschrien wird und wenn ein Spruch gefällt wird, der Arbeiter sich sagt: das wäre besser gegangen, wenn du mit dem Unternehmer selbst verhandelt hättest. Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Redner noch kurz auf den letzten Eisenbahnerstreik ein. Er betonte, daß ADGB zu 80 Proz. aus „Gelben“ besteht und hinter dem Streik Dunkelmänner der deutschnationalen Partei standen, welche den Streik benutzen wollten, die Regierung Wirth zu stürzen. Ein offener Putz, wie der Kapp-Putz, schien ihnen zu unsicher, weil die Gegenaktion der Gewerkschaften sofort einsetzen würde, und sie wollten daher bei dieser Gelegenheit ihr Ziel erreichen. Er gestand den Beamten das Streikrecht unter der Bedingung zu, daß sie auf eine spätere Versorgung verzichten. Durch das Recht auf eine spätere Versorgung haben sie dem Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber einen großen Vorteil. Eine Unterstützung seitens der Gewerkschaften konnten sie nicht verlangen, denn mit dem Moment, wo der Streik begann, war die Industrie lahmgelegt, und der Unternehmer hatte die schönste Gelegenheit, seine nicht gern gesehenen Arbeiter aufs Pflaster zu setzen.

Bonn. Die am 4. März stattgefundene Versammlung war stark besucht und nahm einen stürmischen Verlauf. Kollege Murmann, als Delegierter, gab die Einleitung und trat dann das Wort an den Gauleiter, Kollegen Jahn, ab. Kollege Jahn führte aus, daß die Unternehmer es abgelehnt hatten, in Verhandlungen einzutreten. Es wurde sofort ein Schiedsgericht angerufen, dem der Regierungsrat Herr Brandt vorsah. Kollege Jahn verhehlte nicht, daß das Schiedsgericht einen schweren Stand hatte, da die Unternehmer erklärten, in der feinkeramischen Industrie beständen glänzende Lohnverhältnisse. Er wies darauf hin, daß die Geldaufhäufung einerseits und die Verelendung andererseits immer größere Fortschritte mache. Der Warenhunger nach Sizingut sei so groß, daß die Unternehmer gar nicht wissen, wie sie die Abnehmer alle befriedigen können, und doch behaupten sie, daß sie nichts mehr geben können. Wir dürfen uns auf die Dauer dieses diktatorische Vorgehen der Unternehmer nicht gefallen lassen und müssen entschiedene Front dagegen machen. Die Aussprache war ziemlich erregt und wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 4. März 1922 im „Volkshaufe“ stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Bonn nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Resultat der stattgefundenen Lohnverhandlung. Die Versammlung beauftragt den Hauptvorstand, dieses Lohnabkommen sofort zu kündigen und bei kommenden Verhandlungen unsere Forderungen restlos durchzudrücken. Wir stehen dem geschlossen hinter unseren Vertretern und dem Hauptvorstand.“ — Sodann erhielt der Betriebsratsobmann, Kollege Brandt, das Wort zu dem Bericht über die Verhandlungen am Gau-Schiedsamt Bonn. Nach seinen Ausführungen nahm Kollege Jahn das Wort und

wies darauf hin, daß man bei Klagen genügend Beweismaterial besitzen müsse, sonst käme es, wie diese Sitzung bewies, zu nicht zureichenden Sprüchen.

Eisenberg. Zahlstellenversammlung vom 5. März 1922. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung, teilte die Geschäftsordnung mit und bat die Anwesenden, sich zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes des Kammerhofs von den Plätzen zu erheben, was auch erfolgte. Hierauf folgten Neuaufnahmen, Kassenbericht, Kartellbericht, „Volkshaufe“-fragen, sowie die noch schwebenden Differenzen, welche durch die Gauleitung beigelegt werden sollen. In Unterstützungssachen an ausgeleitete alte Mitglieder betreffs Aufruf in der „Ameise“ will die Zahlstelle in nächster Zeit einen Bericht in der „Ameise“ veröffentlichen. Dann ging der Vorsitzende zum neuen Lohnabkommen über, welches natürlich für alle ungenügend und prozentual in keinem Verhältnis zu der wahnsinnigen Teuerung steht. In der Aussprache kam man zu der Ueberzeugung, einen Zentralverband zu schaffen, um kampffähiger zu werden und bessere Lebensbedingungen schaffen zu können. Vor allem anderen müssen aber unsere Mitglieder regeres Interesse zeigen, die Versammlungen gut besuchen und gegen ungenügende Entlohnung protestieren. Nur dann ist die Möglichkeit vorhanden, daß solche kläglichen Lohnabkommen nicht zum Vorschein kommen können. Mögen es sich die Mitglieder zur Warnung sein lassen und das Versäumte nachholen; es ist niemals zu spät, und wollen wir hoffen, daß bei den nächsten Versammlungen jeder daran teilnimmt.

Gräfenhal. Die Betriebsräte des Bezirks Gräfenhal nahmen am 3. März Stellung zu dem letzten Lohnabkommen, dem eine stark besuchte Zahlstellenversammlung am 6. März folgte. Beide Versammlungen führten zu ausgiebigen Aussprachen, die sich oftmals stürmisch gestalteten und nachstehende Resolution zur Annahme brachten:

„Die Betriebsräte des Bezirks Gräfenhal bekämpfen sich eingehend mit dem durch Schiedspruch festgelegten Lohnabkommen. Die gewährten Zuschläge entsprechen den jeweiligen Verhältnissen in keiner Weise und werden als eine Verhöhnung betrachtet. Die Betriebsräte fordern, den herrschenden Verhältnissen entsprechend Rechnung zu tragen, dieses künftig beachten zu wollen, um das Wirtschaftsleben nicht noch mehr zu Erschütterungen zu bringen.“

Ilmenau. Am 4. März fand in der städtischen Turnhalle eine gutbesuchte Zahlstellenversammlung statt, in welcher Gauleiter Gen. Apel Bericht erstattete über die letzten in Dresden am 27. und 28. April 1921 stattgefundenen Verhandlungen. Der Referent erledigte seine Aufgabe in klarer, leicht verständlicher Weise. Er schilderte den Verlauf der Verhandlung und gab die vom Schiedsgericht festgelegten Zuschläge bekannt. In der dem Bericht folgenden recht ausgiebigen Diskussion sprachen sich sämtliche Redner ganz entschieden gegen den angenommenen Schiedspruch aus, weil die prozentualen Zulagen in keiner Weise der heutigen Teuerung Rechnung tragen. Folgende eingebrachte Resolution, welche dem Hauptvorstand zu übermitteln ist, fand einstimmige Annahme: „Die am 4. März in Ilmenau stattgefundene Zahlstellenversammlung nahm den Bericht des Gen. Apel entgegen. Sie protestiert mit Entrüstung entschieden gegen den zu niedrig gewährte. Zuschlag und erwartet vom Hauptvorstand ganz entschieden, daß das jetzt bis zum 31. März abgeschlossene Lohnabkommen sofort gekündigt wird und bei den nächsten Verhandlungen ein den Teuerungsverhältnissen entsprechender, in Goldmark zu errechnender Zuschlag verlangt wird. (Wie denkt man sich einen solchen Zuschlag? Hossentlich kommt recht bald ein spezialisierter Vorschlag.) Im Falle eines zu niedrigen Angebots seitens der Unternehmer soll über Annahme oder Ablehnung eine Mitgliederversammlung entscheiden.“ — Nach einem ausführlichen Schlusswort des Referenten erreichte die Versammlung ihr Ende.

Kl. Weilsdorf. Die am 3. März stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte sich erfreulicherweise seit langer Zeit eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende gibt von dem Ableben des sich um die Verbandsache verdient gemachten Kollegen Wetzel, Berlin, und des Kollegen Karl Otto, Gohmansrod, Kenntnis und werden diese in üblicher Weise geehrt. Nachdem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, kommt man zum Lohnabkommen, ab 1. März 1922 gültig. Die Bekanntgabe desselben rief bei den Kollegen einen förmlichen Entrüstungsturm hervor. Der Schiedspruch wurde einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Unerklärlich ist es den Kollegen, wie ein solches Abkommen den Arbeitern hohnsprechend von Seiten unserer Vertreter anerkannt werden konnte. Wo doch fast restlos alle Lebens- und Bedarfsartikel seit geraumer Zeit um 50 bis 100 Prozent im Preise gestiegen sind, bietet man heute den Arbeitern 7½ bis 22 Prozent als Ausgleich für die Preissteigerung. Die gewährten Prozente decken für manchen Familienvater kaum den letzten Brotpreisausschlag, ohne an die sonstigen, unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse zu denken. Einstimmig kommt zum Ausdruck, das Abkommen zum 31. März zu kündigen und bei den demnächst stattfindenden Lohnverhandlungen feste, den Altersklassen entsprechende Stundenzuschläge zu fordern. Da durch den Austritt der Beamten aus unserem Verband leider auch zwei Verwaltungsmitglieder, die gleichzeitig als Revisoren tätig waren, ausscheiden, macht sich eine Neuwahl notwendig. Der Vorsitzende dankte den Ausgeschiedenen für ihre dem Verband als Revisoren geleisteten Dienste. Es wurden die Kollegen Richard Schramm und Willy Wolf einstimmig als Revisoren gewählt. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Sammlung für die Witwe des verstorbenen Kollegen Otto 759 Mark ergeben hat; er dankt den Kollegen und Kolleginnen für ihre Anteilnahme, die sie in derartigen Fällen aufbringen und bedauert, daß sich in diesem Falle ein Kollege weigerte. Es wird weiter der Antrag gestellt, sich der Resolution der Zahlstelle Selb in Nr. 6 der „Ameise“ vom 10. Februar anzuschließen. Mit einer nochmaligen Aufforderung des Vorsitzenden, in Zukunft alle Versammlungen so zahlreich zu besuchen wie heute, wird dieselbe geschlossen.

Römitz. Die am 7. März stattgefundene Zahlstellenversammlung nahm Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen. Alle Anwesenden kritisierten den Schiedspruch und erhoben scharfen Protest wegen der zu niedrigen Zuschläge. Wir fordern den Hauptvorstand auf, das Lohnabkommen sofort zu kündigen und in neue Verhandlungen einzutreten.

Krummenaab. Die am 6. März 1922 stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Krummenaab (Opf.) faßte einstimmig folgende Resolution: „Die durch den gefällten Schiedspruch erreichten Lohnerhöhungen sind vollständig ungenügend im Verhältnis zu der bestehenden und ständig noch wachsenden Teuerung. Wir ersuchen den Hauptvorstand, dahin zu wirken, daß in Zukunft bei Lohnverhandlungen ein anderes Resultat erzielt wird, da wir im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen mit zu den schlechtesten be-

zahlten Arbeitern aller Branchen gehören. Wir ersuchen alle Zahlstellen, sich unserer Resolution anzuschließen.

Mannheim-Ludwigshafen. Die Zahlstellenversammlung vom 8. März erfreute sich in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, wenn auch nicht eines vollstündigen, so doch eines guten Besuches. Nachdem die Wahl eines Revisors erledigt und im Bericht vom Gewerkschaftskartell auf die diesjährige einleitende Maisfeier Bezug genommen wurde, kam der Antrag auf Ausschluß von drei Kollegen zur Verhandlung. Es ist leider Tatsache, daß es immer wieder Leute gibt, die sich um die schlechten Verhältnisse, sowie um die Bestrebungen zur Besserung derselben nicht kümmern, oder diesen Bestrebungen noch, wie hier geschehen, entgegenarbeiten. Ob sie zwar für sich einen Nutzen daraus ziehen werden, ist sehr zu bezweifeln, da sich Herr Sterner eifrig bemüht, mit Hilfe dieser Leute uns unsere mühselig erkämpften kargen Aufbesserungen streitig zu machen. Es ist kein Wunder, wenn Zeitungsnotizen von Seiten dieser Quertreiber Herrn Sterner dazu aufmuntern, die Kolleginnen mit den Worten: „Ihr müßt zu mir, und ich . . . halten“, auf seine Seite zu bringen sucht. Hatte ja Herr Sterner auch nichts Eiligeres zu tun, mit Hilfe der Unterschriften der Ausschlossenen beim Gauschiedsamt Bonn die Klage auf Zahlung der rückständigen tariflichen Aufbesserungen unwirksam zu machen. Der Ausschluß der drei Mitglieder erfolgte denn auch unter großer Mehrheit der Versammlung. Im weiteren war die Versammlung mit der einstimmigen Ablehnung des Lohnabkommens von Seiten der Bezirkskonferenz Zell a. H. vollkommen einverstanden und schloß sich auch dem Protest an den Hauptvorstand sowie den übrigen Maßnahmen an, nach denen lokale Verhandlungen mit den Firmen anzubahnen sind. Der Betriebsrat der Firma Sterner gab alsdann noch das Ergebnis vom Gauschiedsamt Bonn bekannt. Der Betriebsrat hatte Klage auf Zahlung der seit 1. Oktober 1921 noch teilweise schuldigen Lohnerhöhungen erhoben, was schließlich bei Stimmengleichheit abgelehnt wurde, da die lokalen Zuschläge bereits über den Tarif hinausgingen. Da aber bereits bestehende höhere Sätze an der Erfüllung des Tarifes nichts ändern, wird wohl oder übel der Weg zum Oberschiedsamt beschritten werden. Herr Sterner glaubte alsdann auf Grund der Unterschriften seiner getreuen Schäfchen noch auf Herabsetzung und Rückzahlung der nach seiner Meinung zuviel gezahlten Löhne klagen zu können, wurde aber einstimmig abgewiesen, ebenso, wie ihm die Reisekosten nebst Speise nach Bonn auferlegt wurden. (Dazu ist er doch sowieso durch den Reichstarifvertrag und das Betriebsrätegesetz verpflichtet. D. Red.) Nach all den vielen Abweisungen vor den Schiedsgerichten sollte Herr Sterner doch endlich einsehen, daß man bei Gewährung einer angemessenen Bezahlung auf gutlichem Wege viel mehr erreichen kann, als den Arbeitern durch allerhand Kniffe noch die paar Pfennige abzugewinnen, die doch eigentlich in der heutigen Zeit für den Unternehmer, speziell in der Porzellanindustrie, nur Kleinigkeiten, für den Arbeiter aber recht nötig sind. Hätte er die verschiedenen Juruse gehört und auch die Stimmung in der Versammlung gesehen, würde er auch ohne weiteres erkennen müssen, daß die Arbeiterschaft nicht auf den ihr zustehenden Lohn verzichten wird. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch angeregt, ob nicht die Verletzung von Mannheim-Ludwigshafen in die Klasse Groß-Berlin anhängig gemacht werden solle, da bereits eine Reihe Großstädte mit dieser Klasse basieren. Da jedoch die Versammlung gleich nach Arbeitsluß angefaßt war, konnte infolge vorgeschrittener Zeit nicht weiter verhandelt werden.

Neustadt b. Coburg. Die Mitgliedschaft Neustadt besaßte sich in ihrer am 7. März abgehaltenen Versammlung eingehend mit dem in Dresden gefällten Schiedspruch für den Monat März. Es wurde von allen Seiten Klage geführt über die unzureichenden Zuschläge. Auch konnte sich die Versammlung nicht über die Gründe klar werden, welche die Verhandlungsteilnehmer unsererseits dazu bewegen, einem solchen Schiedspruch ihre Zustimmung zu geben. Es fand daher nachfolgende Resolution an den Hauptvorstand Annahme: „Die heute tagende Mitgliederversammlung erhebt gegen den letzten in Dresden gefällten Schiedspruch für den Monat März den allerstärksten Protest. Vom Unternehmerstandpunkt aus kann man wohl den Schiedspruch verstehen, daß aber Arbeitervertreter sich einem Abkommen zustimmen, das finden die Mitglieder ganz unverständlich. Das Abkommen ist nicht geeignet, den Arbeitern über die schwere Zeit der Teuerung hinwegzuhelfen, sondern es bringt mit seinen lächerlich geringen, und noch dazu Ausnahmezustandnissen nur Mißstimmung. Wenn man in dem Abkommen den Mindererdienern einige Prozente mehr anbietet, als den Spitzenarbeitern, so soll das wohl kein Entgegenkommen sein gegen die ersteren, sondern die Versammlung erblickt hierin einen versteckten Lohnabbau. Die heutige Versammlung fordert vom Hauptvorstand, daß bei dem nächsten Lohnabkommen unsere Rechte besser gewahrt werden, sie verlangt einen der Teuerung entsprechenden Lohnzuschlag, insbesondere aber auch einen Ausgleich für den Monat März. Das Abkommen für März ist sofort zu kündigen. — Der diesjährigen Generalversammlung muß es obliegen, unbedingt der Verschmelzungsfrage näherzutreten, damit dem so geschlossenen Untermertum bei den bevorstehenden Lohnkämpfen auch unsererseits eine noch kampfkraftigere Gruppe entgegengestellt und unseren Forderungen noch mehr Nachdruck verschafft werden kann. Haben wir doch den schönen Spruch zum Sinnbild: „Immer strebe zum Ganzen, und kommst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließst du ein Ganzes dich an.“

Planckenhammer. Die am 4. März stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Mit Spannung wurde der neue Lohnarif erwartet, aber er brachte große Enttäuschung; denn bei dieser ungeheuren Preissteigerung aller Bedarfsartikel ist es unklar, wie die Unternehmer ein solches Angebot machen konnten, und noch unerklärlicher ist es uns, daß unsere Vertreter ein solches annehmen konnten. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem Hauptvorstand aufzufordern, sofort dieses Abkommen zu kündigen und die Unternehmer zu fragen, ob sie in dieser Zeit mit solchen Löhnen leben oder gar eine Familie mit fünf Kindern ernähren können. Die Mitglieder sind für die Arbeiter die Zeit eines Einheitskleides zu schaffen, muß endlich verfort werden. Auch wir wollen als Kulturmenschen leben. Ferner ist die gesamte Zahlstellenversammlung für die nächsten 10 Punkte des AOB ein. Weiter gab der Vorsitzende noch einige Aufklärung über das Steuergesetz; hauptsächlich wegen des § 47 des AOB. Hierauf wurde ein Schriftführer gewählt, weil der frühere sein Amt wegen eines kleinen Wortwechsels mit einem Betriebsrat niederlegte. Wenn jeder Kollege gleich immer die Platte ins Korn werfen wollte, wie würde es in der Zahlstelle aussehen? Auch das Kollegienratsgefühl dürfte etwas besser sein; es würden viele Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Auch der Kassierer mußte noch verschiedenes

rügen und ersuchte alle Mitglieder, sich besser mit unseren Verbandsstatuten vertraut zu machen; es würde viel unnötige Arbeit erspart bleiben. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende, auch künftighin die Versammlungen so zu besuchen, wie die heutige, da gut besetzte Versammlungen beweisen, daß auch die Arbeiterschaft Interesse an der Verbandstätigkeit hat.

Pöfnack. Die Porzellanarbeiter Pöfnacks beschäftigten sich mit dem neuen Lohnabkommen und faßten folgende Entschliebung: „Raum war unser Lohnabkommen bekannt, als sich auch gleichzeitig bittere Enttäuschung und helle Empörung der gesamten Arbeiterschaft über den gefällten Schiedspruch bemächtigte. Dieses neue Lohnabkommen bedeutet angesichts der rapid steigenden Teuerung geradezu eine Verhöhnung der gesamten Arbeiterschaft der Porzellanindustrie durch das in Ubergewinnen schwimmende Untermertum. Unserem Hauptvorstande mußte vor allen Dingen klar sein, daß die Arbeiterschaft für die ganz unvorhergesehene Teuerung, insbesondere die des Brotes, welche doch schon am 18. Februar eingeseßt hat, eine Entschädigung erwartete. Statt eines dementsprechenden Ausgleiches wurde ein Abkommen getroffen, welches uns anderen örtlichen Gewerkschaften gegenüber in den Schatten stellt. Deshalb fordern wir von unserem Hauptvorstand, dieses Lohnabkommen sofort zu kündigen und baldmöglichst neue Verhandlungen anzubahnen.“

Neuenstein. In der heutigen Versammlung wurde auf die demnächst stattfindenden Betriebsräteahlen hingewiesen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, nur solche Kandidaten aufzustellen, die auch wirklich ihr Amt im Interesse der Arbeiterschaft ausüben. Sodann wurde beschlossen, Notunterstützungen vom Versammlungsbesuch abhängig zu machen. Zu diesem Zweck werden Kontrollkarten eingeführt. Wer nicht mindestens vier Versammlungen im Jahre besucht, hat keinerlei Anspruch auf Unterstützung aus der Lokalkasse. Ganz energisch wurde gegen das neue Lohnabkommen protestiert, da die prozentualen Zuschläge keineswegs der jetzigen Teuerung entsprechen. Wir fordern den Hauptvorstand auf, dieses Abkommen zum nächstzulässigen Termin zu kündigen und dahin zu wirken, daß bei der nächsten Verhandlung ein besserer Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung und eine noch bessere Heranziehung der Zeitlohnarbeiter an die Sachakkordarbeiter geschaffen wird. Ferner wurde die Beitragsdrückerei verschiedener Kollegen scharf gegeißelt.

Rheinsberg. Berichtigung. Am Schluß des Versammlungsberichtes in Nr. 9 der „Ameise“ soll es nicht heißen, „wofür jedes Mitglied, ob es erscheint oder nicht, 2 Mk. als Festbeitrag zu entrichten hat“, sondern es muß heißen: „Es wurde noch beschlossen, daß jedes Mitglied 2 Mk. in die Unterstützungskasse zu zahlen hat.“

Rudolstadt. Eine gutbesuchte Porzellanarbeiterversammlung fand am 6. März im Schillerhof in Volkstedt statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Geschäftsführers über das 4. Quartal 1921 und Jahresbericht. 2. Bericht des Genossen Herger über das am 27. und 28. Februar in Dresden abgeschlossene Lohnabkommen. 3. Wahl eines 1. Vorsitzenden. 4. Verschiedenes. Nachdem der Geschäftsführer seinen zahlenmäßigen Bericht in der üblichen Weise gegeben, folgte der Bericht des Genossen Herger über das letzte Lohnabkommen in Dresden, der in sehr ausführlicher Weise gegeben wurde. Bei seinem Vortrag über die von der Unternehmerleitung geäußerten Meinungen, insbesondere in bezug auf die Entlohnung der Arbeiter, in der man zum Ausdruck brachte, daß eine Lohnerhöhung jetzt nicht notwendig sei auf Grund der zurzeit gezahlten Löhne, entstand unter allen Anwesenden eine fürchterliche Erregtheit, wie sie selten in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht wurde. Es wurde daraufhin einstimmig beschlossen, das Lohnabkommen sofort durch den Hauptvorstand kündigen zu lassen und zu dem nächsten Lohnabkommen Forderungen aufzustellen, wie sie die jetzt eingetretene unerhörte Steigerung der Preise auf allen Gebieten der Lebensversorgung unbedingt erfordert. Sollte das Untermertum kein Verständnis dafür bekunden, in friedlicher Weise diese wichtige Lebensfrage gemeinsam mit uns zu lösen, dann soll mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gekämpft werden, um das zu erreichen, was die heutige Zeit und Not erfordert. Zu diesem Zweck sollen in allen Firmen des hiesigen Bezirks die Betriebsräte genaue Statistiken aufstellen, damit den Behauptungen des Untermertums betreffs der Unrichtigkeit der zurzeit gezahlten Löhne entgegengetreten werden kann. Mögen also die Betriebsräte ihre Pflicht erfüllen und diese Aufstellungen aus den Lohnbüchern sofort nach Fertigstellung an den Geschäftsführer abgeben. Des weiteren wurde noch bemängelt, daß dieses Lohnabkommen resp. dieser Schiedspruch, von dem doch der Hauptvorstand, die Gausleitungen, sowie die beteiligten Delegierten überzeugt waren, daß es keineswegs den jetzigen Teuerungsverhältnissen Rechnung trägt, von diesen angenommen wurde. Es wurde verlangt, daß über die Annahme oder Ablehnung in solchen Fällen eine Mitgliederabstimmung entscheiden soll, und ganz gewiß dürfte im ganzen Reiche, wenn dies der Fall gewesen wäre, eine Ablehnung sicher gewesen sein. Können wir unser Recht nicht auf friedlichem Wege erreichen, dann muß es eben erkämpft werden. An alle unsere Mitglieder aber richten wir die Bitte, alles nötige Material so schnell wie möglich beizuschaffen und dafür zu sorgen, daß wir bei kommenden Kämpfen gerüstet sind. Punkt 3: Wahl eines 1. Vorsitzenden. Der bisherige 1. Vorsitzende, Genosse Triebiger, legte sein Amt nieder, da er zum Oberdreher und Abteilungsführer bei der Firma Beyer & Woll aufzrückte. Es macht sich deshalb die Wahl eines 1. Vorsitzenden nötig. Vorgeschlagen werden die Genossen Paul Herger, Wilhelm Frank und Oskar Weigel. Der Genosse Weigel lehnt ab. Gewählt wird mit erheblicher Majorität der Genosse Paul Herger-Volkstedt. Selbiger nimmt die Wahl an. Ein weiterer Beschluß wurde noch bahingehend gefaßt, am 20. März eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: „Aufstellung der Forderungen zu einem neuen Lohnabkommen“. Mögen die Betriebsräte und Mitglieder dahin wirken, daß sie in der Zwischenzeit alles diskutieren und, versehen mit dem nötigen Material, ihre Anträge dazu stellen. Der Geschäftsführer machte noch Mitteilung über den ausbrochenen Streit der Holzarbeiter und forderte die Mitglieder auf, dieselben tatkräftig zu unterstützen und so erreichte diese interessante Versammlung ihr Ende.

Subl. In der Märzversammlung unserer Zahlstelle wurde nach einer längeren Diskussion über das letzte, durch Schiedspruch zustande gekommene Lohnabkommen folgende Resolution beschlossen: „Die Zahlstelle Subl. erhebt Protest gegen das Lohnabkommen vom 1. März 1922, da die Lohnzuschläge

Zuschußklasse deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht pro 4. Quartal 1921.

Einnahme.		Ausgabe.	
Beiträge u. Eintrittsgeld.	4157,90	Krankengeld	2308,—
Kapitalverkehr	1213,—	Sterbegeld	112,50
Zinsen	1213,—	Kapitalverkehr	1207,65
Kassenbest. v. 3. Quartal	34624,20	Verwaltung d. Zahlstellen	240,29
		Hauptkasse	516,25
		Außerordentl. Ausgaben	499,30
		Kassenbestand	36294,11
Summa	41208,10	Summa	41208,10

Bermögens-Nachweis.

Spartassenbuch Nr. B 101	33247,40 Mk.
Bar "	1685,90 "
Bar "	1360,81 "
Summa	36294,11 Mk.

Jahresbericht 1921.

Einnahme.		Ausgabe.	
Beiträge u. Eintrittsgeld.	15750,55	Krankengeld	8223,—
Kapitalverkehr	3739,85	Sterbegeld	50,50
Zinsen	1213,—	Kapitalverkehr	3856,32
Kassenbestand von 1920 .	30336,18	Verwaltung d. Zahlstellen	823,20
		Hauptkasse	715,35
		Außerordentl. Ausgaben	622,10
		Kassenbestand	36294,11
Summa	51039,58	Summa	51039,58

Mitgliederbestand: 621.

Hermann Schubert, Kassierer.

Quittung.

Für die kranken Kollegen Friedrich Wendt und Gustav Kirsten gingen nachträglich ein von Waldenburg 40,—; München 50,— Mark. Bereits quittiert 1780,— Mk. Summa 1870,— Mk.

Es muß nicht Louis, sondern Gustav Kirsten heißen.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Geben herzlichen Dank.

Die Verwaltung Neuhaldensleben. J. U.: Fr. Schoof, Kassierer.

Berlin.

In dem mit dem Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, verbundenen Logierhaus stehen stets Betten sowie einige Einzelzimmer zur Verfügung. Vorherige schriftliche Anmeldungen werden angenommen und nach Möglichkeit berücksichtigt.

Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses.

Aufruf.

Unser Kollege Johann Schmidt, Brenner, ist seit 1920 krank und arbeitsunfähig. Seine einzige Einnahme bildet die recht karge Invalidenrente. Wir haben Kollegen Schmidt schon öfter durch Sammlungen unterstützt und bitten nun die übrigen Verbandszahlstellen, uns dabei durch Zusendung von Geldern behilflich zu sein. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Die Geldsendungen sind zu richten an den Zahlstellenkassierer Karl Käst, Krummenaab bei Erbendorf, Oberpfalz, Nr. 21½.

Aufruf.

Unsere Mitglieder Adam Muth und Georg Will sind schon seit längerer Zeit krank und ohne Erwerb. Beide sind Mitglieder seit Juni 1919. Die Zahlstelle hat schon wiederholt zur Linderung deren Not eingegriffen. Wir wenden uns nun mit der Bitte um Unterstützung an die übrigen Zahlstellen unseres Verbandes. Gelder sind zu senden an den Kassierer unserer Zahlstelle Johann Eichmann, Staffel bei Limburg an der Lahn, Elberstr. 128. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Sterbetafel.

Breslau. Andreas Kreller, geboren am 30. November 1860, gestorben am 10. März an Herzschwäche. Mitglied seit 1919.

Coburg. Bertha Küger, geboren am 11. Dezember 1861, gestorben am 14. Januar 1922 in Oeslau an Grippe. Mitglied seit 1919.

— Frieda Schilling, geboren am 6. Mai 1902 in Mönchroden, gestorben am 2. Februar 1922 in Eiaberg an einem Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Königssee. Arno Heinrich, Dr., geboren am 19. März 1876, gestorben am 2. März an einem Magenleiden. Mitglied seit 1919.

Neuhaldensleben. Gustav Piste, Dreher, geboren am 19. Juni 1890, gestorben am 16. März an Grippe. Mitglied seit 1919.

Planz. Markus Heim, geboren am 30. Dezember 1868, gestorben am 17. März an Schlaganfall. Mitglied seit 1918.

Schmiedeberg-Haselbach. Ferdinand Drescher, geboren am 16. November 1852 in Haselbach, gestorben am 10. März an Altersschwäche. Mitglied seit 1919.

— Frieda Anders, geboren am 28. Dezember 1900 in Hartau, gestorben am 9. März an einer Unterleibsoperation.

Welfen. August Rupsch, geboren am 5. April 1859 in Groß-Blumberg, gestorben am 8. März durch Selbstmord.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Am 1. Februar ist das Gesetz betr. Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat veröffentlicht worden. In der März-Kummer der „Betriebsrätezeitung“ des ADGB und des Ufa-Bundes nimmt Reichstagsabgeordneter C. Siebel zu diesem neuen Gesetz Stellung. Auch diese Kummer bietet den Betriebsräten wiederum sehr reichhaltiges und wichtiges Material zu ihrer wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Schulung. Aus dem Inhalt sei hervorzuheben: Eisenwirtschaftsbund und Arbeiterchaft von dem Arbeitnehmervertretenden des Bundes H. Weimann. Warum verschlechtert sich unsere Lebenshaltung? Die Bremer Baumwollbörse. Ueber den deutschen Flachsbau. Feuerchutz und Betriebsrat. Dieser letzte Beitrag ist von größtem praktischen Wert und sollte auch die Aufmerksamkeit aller Betriebsleiter finden. Hans Weilmair vom Verband der Berufsfeuerwehrmänner spricht hier aus seiner reichen Erfahrung. Arbeiterrat und Angestelltenrat bei Ueberwachung der Arbeitnehmerschutzgesetze betitelt sich ein Beitrag von Cl. Koppel, der zusammenfassend darlegt, welche gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft nach der Revolution zur Durchführung gelangt sind und welche Gesetze in Vorbereitung sind. Weitere Beiträge erhöhen den vielseitigen und interessanten Inhalt, den sich jedermann durch ein Postabonnement für 3 Mk. beschaffen kann. Durch den Ortsauschuß ist der Bezug noch erheblich billiger. Nur durch reiches Wissen und Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge vermag der Arbeitnehmervertreter in verantwortlichen Stellen Achtung und Anerkennung zu verschaffen.

Briefkasten der Redaktion.

Berichtungsberichte aus Rehau, Rodach, Rodlau und Sophiental-Weidenberg mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Vertrauensmännere-
 lung am Freitag, den 31. März, 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.
 — Branchenversammlung. Dienstag, den 4. April, 5 Uhr,
 ebenda.
 — Figurenbranche. Mittwoch, den 5. April, 6 Uhr, bei Klem,
 Ritterstr. 15.
 — Emailbranche. Donnerstag, den 6. April, 6 Uhr, bei Woll-
 schläger, Adalbertstr. 21.
 Blankenhain. 8 April, abends 8 Uhr, bei Klem.

Adressen-Änderungen.

Coburg. Ernst Dalibor, Seifartshof 3a.
Elmsborn. Schriftführer: Joh. Wiese, Kathrinenstr. 8.
Lübeck. Kassierer: Heinrich Köper, Moisling, Hauptstraße.
Mannheim-Ludwigshafen. Revisor: Philipp Bauer, Mannheim,
 Neckarvorstadt.
Thiersheim (Oberst.). Vorsitzender: Adolf Zeitler, Brenner, Stem-
 mas, Post Thiersheim. Schriftführer: Marie Hauswurz, Gieserin. Kas-
 sierer: Adam Hauswurz, Brenner. Revisoren: Johann Köder, Dreher,
 Heinrich Hering, Maler.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden
 nicht weiter befördert.

Bewährter Fachmann, 36 Jahre alt, verh., mit circa 20jäh-
 riger Praxis in Sanitäts-Steingut (Spülwaren), verschiedene Gieß-
 verfahren, auch vertraut mit allen anderen Arbeiten, wie Drehen,
 Gießen, Formen und Formgießen, sucht baldmöglichst passende leitende
 Stellung. Wohnung erwünscht. Gesl. Angebote unter „E. 16“ an die
 Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Lebiger Schleifer, 27 Jahre alt, mit allen vorkommenden
 Schleiferarbeiten vertraut, sucht Stellung. Eintritt kann sofort er-
 folgen. Gesl. Angebote unter „E. 18“ an die „Ameise“ erbeten.

Freidreher, durchaus zuverlässig, hauptsächlich in Hoch-
 spannungsartikeln wie Durchführungen, Stützen usw., der
 auch imstande ist, selbständig nach Zeichnung zu arbeiten, bei
 hohem Lohn gesucht. Es kommt nur eine in diesem Fach durchaus
 erfahrene Kraft in Frage. Offerten unter „E. 20“ an die Redaktion
 der „Ameise“ erbeten.

Für die Inbetriebsetzung unserer neuen Fabrik suchen wir Dreher und
 Dreherinnen für Flachgeschirr. Wohnung eventuell vorhanden.
C. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau (A.-L.).

Maler, ledig, in Privatmalerei gelernt, langjährig tätig in
 Schrift auf Apothekenstandgefäße, Schilder usw., auch in Emaillier-
 werken tätig gewesen, sucht Stellung für sofort im In- oder Ausland.
 Gesl. Offerten unter E. 14 an die Redaktion der „Ameise“.

Geübter Figurenformer und Wasserretoucheur, der
 auch längere Zeit als Gießer in Großgeschirr sowie in Wasser-
 leitungsartikeln (Klosetts, Waschtische usw.) tätig war, sucht ander-
 weitige Stellung. Gesl. Offerten unter E. 12 an die Redaktion der
 „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Dreher, 47 Jahre alt, in allen Arbeiten, wie Ab-
 drehen, Schubhebe und Gießerei vollständig firm, sucht Stellung als
 Dreher oder Oberdreher. Suchender ist seit einigen Jahren als Ober-
 dreher tätig. Gesl. Offerten unter „E. D. 6“ an die „Ameise“ erbeten.

Brenner gesucht, der in erstklassiger Porzellanfabrik tätig
 war und in Defen mit überschlagender Flamme Unterglasurporzelle
 brennen kann. Ferner ist der Betrieb des Brennhauses auf sauberes
 Füllen und sonstige Arbeiten zu kontrollieren. Bei zufriedenstellenden
 Leistungen ist außer Tariflohn freie Wohnung, Licht und Heizung
 gewährt. Angebote unter „B. B. 220“ an die „Ameise“ erbeten.

Unterglasurmaler,
 ledig, im Schablonenschneiden und Schablonieren durchaus bewan-
 dert, für sofort gesucht. Aussicht auf Obermalerstelle ist gegeben.
 Angebote unter Angabe der Gehaltsansprüche unter „B. B. 120“ an
 die Redaktion der „Ameise“.

Eine größere Steingutfabrik sucht zum sofortigen Antritt einen
 möglichst unverheirateten Auf- und Unterglasurmaler, der
 in sämtlichen im Fach vorkommenden Arbeiten, auch Schablonen-
 schneiden, Bedienung des Aerographen usw. Erfahrung hat. Ferner
 muß derselbe ein größeres Personal beaufsichtigen können. Angebote
 unter Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche sind erbeten an
 die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „A. 2“.

Zum sofortigen Antritt werden einige saubere Dreher für
 dünne Becher gesucht. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt.
Blankenhain Porzellanfabrik C. & E. Carstens
 Blankenhain i. Thür.

Figurenmaler, 36 Jahre alt, in religiösen und profanen
 Figuren bewandert. Auch in Kirchenmalerei tüchtig und selbständig,
 sucht Stellung auch außerhalb der Elb- oder Südamerika. Suchender war bis
 Kriegsausbruch schon drei Jahre in Nordamerika beschäftigt.
 Offerten an **Geob. Rudolf, Dresden, Westendstr. 90.**

Lebiger, fleißiger, sachkundiger Dreher für Blumenkübel,
 Kapseln und Teegeschirre sofort gesucht. Lohn nach Tarif.
Ge. Ernst jr., Terracotta- und Fayencefabrik, Geising (Sachsen).

Berfester Gipsformer und Gießer für Figuren (Gela-
 tinformer) sowie Figurenmaler, Spezialist für Bronze-Imi-
 tationen, werden gesucht. Angeb. an **Jenssch, Magdeburg, Kaiserstr. 82.**

Zwei tüchtige lebige Schalendreher per sofort gesucht.
Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sachsen.

Tüchtiger Gipsfigurengießer und Puffer sofort ver-
 langt. **Arbeitsnachweis Berlin S. D. 26, Naunynstr. 85, vorn, part.**

Dreher werden noch eingestellt bei der
Rheinsberger Steingutfabrik C. & E. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Einen lebigen Porzellanendreher sucht für sofort
Töpferei Ellendorf b. Bunzlau i. Schles., W. Lorenz.

Heiligenamulets.

Pforzheimer Firma, die ständig Heiligenamulets in großen Partien
 zum Malen zu vergeben hat und die höchsten Preise bezahlt, sucht Ver-
 bindung mit Malern, die in der Lage sind, bei guter Arbeit flott zu liefern.
 Gesl. Angebote unter „A. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
 Besteles Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Hört — leset — staunet

über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, Nische, Lappen und
 Flaschen zahle. B. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel,
 Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle
 Sendungen werden sofort erbetigt.

Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Nische, Flaschen,
 Pinzel und Malrückstände zum Einschmelzen. Höchste Tages-
 preise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.

Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinzel
 kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle,
 wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinzel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.
 Poliergoldflaschen " " 10 " 25—50 "
 je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Glanzgoldasche bis 45 — Mt., gute, gelbe Poliergoldasche
 60 — Mt. à Gramm. Abfälle, ausgebranntes Gold, zahlt
 höchste Tagespreise
A. Geyer, Goldarbeiter
 Selb i. Bayern.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinzel — Flaschen —
 Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere
 sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langwieschen b. Jm., Thür.

Gegr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art	Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage
Beste Bedien.	 <p>Preis fest kauft Sollte schnelle Bed.</p>	
	Seifert, Zwickau i. S., Osterwähstr. 32.	

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Nische —
 Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Geier, Hochtstadt b. Thiersheim, Oberfranken.

CHRISTOF SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen,
 speziell für die keramische Industrie.
 Stets großes Lager in sämtlichen verkom-
 menden Sorten. Muster bereit-
 willigst. Fernsprecher Nr. 17



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Druck von E. Janiszewski, Berlin S. D., Elisabeth-Ufer 28/29.